

Die vorgeschlagene Schlußbestimmung derselben Paragraphe soll dagegen sicherstellen, daß nicht ein Zurückgehen von den neuen Bestimmungen, wenn sie sich für zu drückend für die Staatscassen erweisen sollten, künftig auf längere Zeit unmöglich gemacht werde. Es könnte außerdem leicht den einmal im Amte stehenden Schullehrern ein *jus quaesitum* auf die ihnen in Aussicht gestellte Aufrückung zuerkannt werden, wie dies gegenwärtig mit den Pensionen der Staatsdiener, §. 8 des Gesetzes, einige Abänderungen des Gesetzes über die Verhältnisse der Staatsdiener betreffend, der Fall ist.

§. 2 b. Daß bei neufundirten Stellen die Verbindlichkeit des Staates, die Erhöhung des Minimums zu tragen, ausgeschlossen wird, geschieht, um dem Staate Sicherheit gegen eine Vermehrung der jetzt zu übernehmenden Last zu gewähren.

Die pecuniären Resultate dieses Vorschlags würden folgende sein. Nach einer von dem königlichen Commissar erlangten Auskunft bestehen in Sachsen 1155 Stellen unter 220 Thlr. Dienst Einkommen, von denen 531 noch nicht 140 Thlr. Einkommen ziehen.

Rechnet man, daß von Lehrern ein Jeder 20 Thlr. Zulage bekäme, so gäbe dies einen Betrag von

$$531 \times 20 = 10,620 \text{ Thlr.}$$

Hierzu käme für 120 Stellen, deren Einkommen auf 220 Thlr. zu erhöhen wäre, eine Zulage von höchstens 80 Thlr. oder

$$80 \times 120 = 9,600 \text{ Thlr. in Summe.}$$

Für 150 Stellen zu 190 Thlr. höchstens 50 Thlr. Zulage,

$$150 \times 50 = 7,500 \text{ Thlr.}$$

Für 250 Stellen zu 160 Thlr. à 20 Thlr. Zulage, höchstens

$$250 \times 20 = 5,000 \text{ Thlr.}$$

$$\text{Summe } 10,620.$$

$$= 9,600.$$

$$= 7,500.$$

$$= 5,000.$$

$$\underline{\hspace{1cm}} 32,720 \text{ Thlr.}$$

Dieses ist indeß jedenfalls als das Maximum des Betrags anzusehen, indem hierbei zwar die geringen Zulagen für Lehrer, welche nicht 60 Kinder unterrichten, noch in Aufrechnung kommen müßten, andererseits aber die gewiß weit bedeutendere Ersparniß außer Ansatz bleibt, welche dadurch entsteht, daß

1) allen Lehrern, welche bereits einen höhern Gehalt von ihren Stellen beziehen, nicht die volle Zulage, wie sie oben in Ansatz gebracht worden, gegeben wird, und

2) in mehreren Fällen auch Kirchenärarier und Stiftungen zur Mitleidenheit gezogen werden sollen.

Aus allen diesen Gründen erlaubt sich der Unterzeichnete, die §. 1 und 2 mit den von ihm vorgeschlagenen Veränderungen nebst dem Zusatz §. 2 b. in obiger Fassung der Kammer zur Annahme zu empfehlen.

Johann Herzog zu Sachsen.

Ich kehre nun zu dem Berichte zurück Seite 475:

Der Entschließung der hohen Kammer haben wir aber nunmehr anheimzugeben, entweder

## 1.

nach dem Rath der Majorität der Deputation:

die §§. 1 und 2 der Gesetzbvorlage, sowie den Beitritt zu dem von der zweiten Kammer beschlossenen Antrag in der ständischen Schrift abzulehnen, dagegen die hohe Staatsregierung zu ersuchen, daß dieselbe die zu Pos. 66 d. der Budgetvorlage sub G. für die laufende Finanzperiode annoch zu bewilligende Berechnungssumme zu Gehaltserhöhungen für ständige Volksschullehrer unter Beobachtung der in den ebengedachten §§. 1 und 2 enthaltenen Grundbestimmungen verwenden und auf Grund der sich hierbei herausstellenden Erfahrungen der nächsten Ständerversammlung einen anderweiten Gesetzentwurf behufs der festen Normirung sowohl der Grundsätze, als auch der Höhe der für die Zukunft gesetzlich festzustellenden Gehaltszulagen

vorlegen möge, oder

## 2.

nach dem in dem Separatvotum sub C enthaltenen Vorschlage die §§. 1 und 2 der Gesetzbvorlage und den oben gedachten Antrag in der ständischen Schrift zwar ebenfalls abzulehnen, an deren Stelle aber die §§. 1, 2 und eine Zusatzparagraphe sub §. 2 b. in der Fassung, wie selbige in dem Separatvotum beantragt worden, anzunehmen.

Regierungscommissar D. Hübel: Die Majorität Ihrer geehrten Deputation empfiehlt Ihnen, die beiden ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs, welche sich mit der Verbesserung der Gehalte der Volksschullehrer beschäftigen, abzulehnen. Sie ist zwar einverstanden damit, daß eine Verbesserung der gering dotirten Lehrerstellen nothwendig sei; sie nimmt auch an den vorgeschlagenen, wenigstens an den von der zweiten Kammer amendirten Gehaltsätzen keinen Anstoß; sie ist damit einverstanden, daß der Regierung die Mittel gegeben werden sollen, um den Schullehrern Gehaltszulagen zu gewähren, sogar nach den Vorschlägen des Gesetzentwurfs; ja sie sieht es sogar für nothwendig an, daß künftig diese Verbesserung der Lehrergehälter durch ein Gesetz normirt werde. Sie glaubt aber, daß dies jetzt noch nicht an der Zeit sei, weil man den Gemeinden höhere Leistungen für das Schulwesen gegenwärtig nicht ansinnen könne, und weil die Staatscasse eine Last übernehmen werde, die sich jetzt noch nicht berechnen lasse. Das Ministerium kann aber weder mit den Vorschlägen der Deputation sich einverstehen, noch die Bedenken derselben begründet finden. Es hat sich in den letzten Jahren unter den Lehrern eine große Unzufriedenheit über die Unzulänglichkeit ihres Einkommens verbreitet und in zahlreichen Petitionen sich ausgesprochen, welche insbesondere an den Landtag vom Jahre 1846 gelangt sind. Es ist bei Vielen eine große Muthlosigkeit eingetreten, weil Hülfe, welche hier so Noth thut, so lange ausblieb. Das Ministerium beabsichtigt nun, diese Unzufriedenheit zu heben, den Muth der Lehrer wieder zu beleben, neue Freude zu Erfüllung ihrer Berufspflichten in ihnen zu erwecken und sie zur Treue in ihrem so wichtigen Amte anzuspornen. Hierbei kommt es aber nicht nur darauf an,